

i Fijáte !

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 307

7. April 2004

10. Jahrgang

„Behinderung ist kein Grund, um vom wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Leben ausgeschlossen zu sein“

In Guatemala leben rund 17% der Bevölkerung (ca. 1,8 Mio. Personen) mit einer Behinderung. Davon sind 58% Männer und 42% Frauen, 63% leben auf dem Land und 37% in den Städten. 13% wurden mit einer Behinderung geboren, 31% erlitten ihre Behinderung durch Arbeitsunfälle, 51% durch sonstige Unfälle. 5% sind behindert aufgrund von Kriegsverletzungen.

1999 schlossen sich Kriegsverletzte der *Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG) zur *Guatemalteken Vereinigung von Personen mit einer Behinderung „Manuel Tot“* (AGPD) zusammen, um gemeinsam die von der Regierung im Rahmen der Friedensabkommen übernommene Verantwortung gegenüber Kriegsverletzten einzufordern. Das Ziel der AGPD ist die Förderung der wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Entwicklung ihrer Mitglieder. Sie will Einfluss nehmen auf die staatliche Behindertenpolitik und Alternativen präsentieren, um körperlich und/oder psychisch behinderte Personen ins produktive Leben zu integrieren. Die AGPD versteht unter Behinderung: "Ein körperlicher, mentaler, funktionaler Mangel oder die Beeinträchtigung eines oder mehrerer Sinne aufgrund eines Unfalls, einer chronischen Krankheit oder von Geburt an, wodurch eine oder mehrere so genannte "normale" Aktivitäten beeinträchtigt sind. Diese Behinderung kann dauerhaft oder vorübergehend sein."

Im folgenden Interview erzählt Arleti Maribel Colom, Psychologin der AGPD, von den Schwierigkeiten und Erfolgen ihrer Arbeit mit Menschen, die als Folge einer Kriegsverletzung heute mit einer Behinderung leben.

Frage: Weshalb arbeiten Sie für die AGPD?

Arleti Maribel Colom: Ich arbeite als Psychologin der AGPD in den Regionen Ixcán (Primavera, Victoria 20 de Enero) und in Alta Verapaz (Xamán, Fray de Nueva Libertad). Ich habe diese Arbeit gewählt, weil ich gerne mit Menschen zusammen arbeite, speziell mit den Leuten auf dem Land. Es ist wichtig, diese andere Realität unseres Landes zu kennen, sie selber zu erleben und mit den Leuten zu teilen. Wenn ich in die Gemeinden gehe, lebe ich mit den Leuten zusammen, ich esse, was sie essen und schlafe dort, wo sie schlafen. Es ist völlig anders, als mit Menschen hier in der Stadt zu arbeiten.

Frage: Vor zwei Jahren hat man mir erzählt, dass es sehr schwierig ist, eine Psychologin oder einen Psychologen zu finden, der unter diesen Bedingungen (viele Reisen aufs Land und verhältnismässig schlechte Entlohnung) arbeitet. Weshalb machen Sie es trotzdem?

A.M.C.: Es ist tatsächlich nicht ganz einfach. Ich lebe quasi aus dem Rucksack. Wenn ich losziehe, habe ich alles mit dabei, was ich für die nächsten zwei Wochen brauche, inklusive Toilettenpapier, denn das ist oft schwierig zu bekommen. Die Transportmittel auf dem Lande sind sehr einfach. Wenn es keinen Bus gibt, mache ich Autostopp, fahre mit Lastwagen oder Pickups mit, setze mich auf Pferde oder Maultiere oder gehe zu Fuss.

Dafür ist die Arbeit in den Gemeinden sehr vielfältig. Ich arbeite mit Gruppen, mache Einzelberatungen, oder, wenn es gewünscht ist, gebe ich auch einen Workshop zu irgendeinem Thema. Wenn ich in den Gemeinden bin, bin ich ganz und gar für die Leute da, es gibt keinen Stundenplan, keinen Feierabend und kein Wochenende. Aber ich liebe diese Art von

Arbeit! Was die Bezahlung betrifft: Ich kann mit dem leben, was ich hier verdiene. Diese Art von Arbeit, zu diesen Bedingungen, kann ich machen, weil ich allein stehend bin, also keine familiären Verpflichtungen habe. Sonst wäre es viel schwieriger.

Frage: Wie sieht der Arbeitstag einer Psychologin auf dem Lande aus?

A.M.C.: Wie gesagt, es gibt keine fixe Struktur. Oft wünschen die Leute, dass ich früh am Morgen komme oder am Abend. Ich stehe den Leuten den ganzen Tag zur Verfügung und sie können zu mir kommen, wann immer sie wollen, um über etwas zu sprechen oder einen Rat einzuholen. Das heisst, ich versuche, so früh wie möglich schlafen zu gehen und stehe mit der Familie auf, bei der ich untergebracht bin, oft schon um halb sechs Uhr morgens.

Ich bin die meiste Zeit in den Gemeinden, hier ins Büro komme ich nur, um Berichte zu schreiben und die Arbeit zu koordinieren. Im letzten Jahr habe ich auch hier in der Stadt Beratungen gemacht, aber das war oft schwierig, weil die Leute dann hierher reisen mussten und oft die Termine nicht einhalten konnten.

Frage: Sie haben erwähnt, dass sie sowohl mit Gruppen wie auch in Einzelgesprächen arbeiten. Wie wird entschieden, wer in den Genuss einer Therapie kommt?

A.M.C.: Wenn ich in einer Gemeinde zu arbeiten beginne, verschaffe ich mir zuerst einen Überblick über die strukturelle Situation in der Gemeinde und mache eine psychologische Diagnose mit den Leuten. Dazu benutze ich den Baum-Test von Karl Koch. Diesen Test mache ich auch

am Schluss einer Behandlung und es ist immer sehr spannend, die beiden Zeichnungen zu vergleichen. Das Praktische an diesem Test ist, dass man dazu nur ein Blatt weisses Papier und einen Bleistift braucht. Ich lasse die Leute einen Baum zeichnen und interpretiere nachher die Zeichnung. Daraus lässt sich viel über die psychische Verfassung einer Person lesen. Wie gross wurde der Baum gezeichnet, in welcher Ecke des Blattes, hat der Baum viele oder wenig Äste, hat er abgebrochene Äste, ist der Stamm dick oder dünn, hat er Verletzungen, wie sind die Wurzeln?

Unterdessen bin ich auch dazu übergegangen, die Leute einen Menschen zeichnen zu lassen. Im Moment bin ich gerade daran, solche Zeichnungen von Menschen zu analysieren. Das ist total interessant, weil die meisten Leute sich selber zeichnen und ich Dinge daraus lesen kann, die sie mir nicht erzählen.

Aufgrund dessen, was mir die Leute erzählen und was ich aus den Zeichnungen lese, entscheide ich dann, wie ich mit den Leuten arbeite. Als an einem Ort in den Gesprächen immer wieder über Alkohol gesprochen wurde, schlug ich vor, dieses Thema etwas genauer anzuschauen. Die Leute waren sehr offen und wünschten, dass auch die Jugendlichen mit dabei waren. In Gruppen arbeiten wir z.B. auch zu den Themen Depression, Selbstbewusstsein, innerfamiliäre Beziehungen, denn oft isoliert sich entweder die behinderte Person selber oder die Gemeinschaft stellt ihr Hindernisse in den Weg.

Frage: Arbeiten Sie auch mit Frauengruppen allein?

A.M.C.: Ich arbeite immer in gemischten Gruppen. Die Frauen in diesen Gruppen sind sehr stark und oft sind sie es, die das Thema bestimmen, an dem wir arbeiten. Ich finde es sehr bereichernd, mit gemischten Gruppen zu arbeiten, es findet eine Interaktion statt, die mir wichtig erscheint. Männer und Frauen müssen lernen, einander zuzuhören und sich ernst zu nehmen. Es ist etwas anderes, wenn ein Mann von seiner eigenen Frau oder von seinen Kindern zu hören bekommt, wie sie unter seinem Alkoholismus leiden, als wenn ich das sage. Wenn es Themen gibt, über die eine Frau nicht sprechen kann oder will, kommt sie nachher oft allein zu mir und sucht das Gespräch.

Frage: Was ist das Schwierigste und was ist das Schönste an Ihrer Arbeit?

A.M.C.: Das ist jetzt sehr persön-

lich, aber das Schwierigste für mich sind jeweils die Toiletten. Oft gibt es keine Latrinen sondern nur ein Ast und darunter ein Loch. Das braucht ein unheimliches Gleichgewicht, das ich nicht immer habe! Was mir im Sommer zu schaffen macht, ist der Wassermangel. Ich musste mich schon in Wasserpfützen waschen, in denen die Kaulquappen herumschwammen und die grosse Herausforderung war, am Schluss keine Kaulquappen in den Haaren zu haben!

Das Schönste ist wie gesagt das Zusammenleben und Teilen mit den Leuten.

Frage: Wie ist die Bereitschaft der Leute, an ihren Problemen, an ihrer Vergangenheit zu arbeiten?

A.M.C.: Das ist sehr unterschiedlich. Mit den Leuten im Petén war es sehr gut und ihre Bereitschaft gross. Im Projekt Verapaz ist es schwieriger. Diese Menschen brauchen in erster Linie medizinische Betreuung. Wenn ich frage, wie es geht, sagen die Leute, dass sie Schmerzen in ihren Wunden haben und es ist sehr schwierig für mich, tiefer zu kommen, solange die körperlichen Schmerzen so dominant sind. Es ist darum unsere Priorität, in diesen Gemeinden die medizinische Situation zu lösen. Denn sonst kommen wir in der psychologischen Behandlung nicht weiter. Oft ist es auch schwierig, tiefer zu gelangen, weil die Menschen im Leben noch nie gefragt wurden, wie es ihnen geht, wie sie sich fühlen. Und dann ist es klar, dass sie erst über ihr körperliches Befinden sprechen und es einiges braucht, damit sie ihr psychisches Befinden überhaupt wahrnehmen können. Für mich sind aber beide Befinden sehr wichtig und ich versuche immer, sowohl über die körperliche wie auch über die psychische Wunde zu sprechen. Oft ist es so, dass die Menschen, die sich am meisten dagegen wehren, es am nötigsten haben, auch auf psychologischer Ebene begleitet zu werden.

Frage: Was hat sich verändert, seit Sie mit den Gruppen arbeiten?

A.M.C.: Im Petén habe ich von August 2002 bis Juli 2003 gearbeitet, das war quasi der zweite Teil eines Projekts, das schon länger lief. In dieser Zeit erreichten wir eine Zunahme gegenseitigen Vertrauens, die Leute mit Behinderungen wurden besser in die Gemeinschaft integriert. Die Behinderten selber lernten, aus ihrer Isolation herauszukommen und Beziehungen zu knüpfen, sei dies familiärer, zwischenmenschlicher aber auch körperlicher Art. Wir erreichten auch, auf Gemeindeebene über spe-

zifische Probleme zu sprechen und sie anzugehen oder gar lösen zu können. Diese Veränderungen habe ich einerseits aus den Tests herauslesen können, zum anderen haben es die Leute auch selber wahrgenommen und gesagt. Das Projekt im Ixil und Alta Verapaz hat erst jetzt im September begonnen. Dort sind wir jetzt erst einmal daran, den Weg zu bahnen, das Terrain zu ebnen, um mit der Arbeit in den Gemeinden beginnen zu können.

Frage: Wie wichtig ist Ihrer Meinung nach, sich an die eigene Geschichte zu erinnern?

A.M.C.: Das ist absolut wichtig und wird von den Leuten auch gewünscht. Ein Mann hat mir gesagt, er wolle seine Geschichte erzählen, aber das würde zwei oder drei Tage dauern und er wollte, dass diese Geschichte öffentlich gemacht werde. Ich finde das super, hoffentlich hat er die Gelegenheit, seine Geschichte irgendwann irgend jemandem zu erzählen. Leider sind nicht alle Leute so weit wie dieser Mann. Viele verleugnen ihre Geschichte, wollen sich nicht erinnern oder wollen vergessen. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur psychischen Gesundheit.

Frage: Wie gehen die Leute, die mit einer Behinderung aus dem Krieg zurück gekommen sind, mit der Tatsache um, dass sich auf politischer Ebene nichts verändert hat, dass die Umstände, die zum Krieg geführt haben, noch genauso sind?

A.M.C.: Viele Leute sind total frustriert. Zum Teil sagen sie: "Wir wurden ausgenutzt und werden auch heute noch ausgenutzt. Was haben wir erreicht?" Solche Sachen bekomme ich sehr oft zu hören. Meine Antwort ist dann: "Ihr habt das Fundament für die Zukunft gesetzt. Vielleicht werdet ihr die Früchte nicht mehr ernten, aber dafür eure Kinder." Ich halte nach wie vor die Friedensabkommen für einen wichtigen Erfolg, für den wichtigsten vielleicht. Immerhin gibt es heute ein Antidiskriminierungsgesetz, das verbietet, dass jemand diskriminiert wird. Es gibt Fortschritte und Erfolge, auch wenn sie minimal sind. Und das versuche ich den Leuten klar zu machen. Aber es ist schon so, die Leute wollen greifbare Veränderungen sehen.

Frage: Welche Perspektiven kann die AGPD diesbezüglich bieten?

A.M.C.: Ich glaube, vor allem auf der Informationsebene, wir klären die Leute über ihre Rechte als Menschen, die mit einer Behinderung leben, auf.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch, dass es unter den KandidatInnen der URNG für die Wahlen vom vergangenen November verschiedene Personen mit Behinderungen gab. Das ist für alle sehr wichtig. Die URNG setzte damit ein Zeichen, dass sie diese Leute nicht vergessen hat. Und für die Behinderten ist es ein Zeichen, dass sie ernst genommen werden.

Frage: Wie lange ist Ihre Arbeit noch notwendig?

A.M.C.: Psychologische Arbeit braucht lange. Mit der Gruppe im Petén haben wir vier Jahre gearbeitet, jetzt in Alta Verapaz haben wir erst begonnen und ich hoffe, dass wir noch mindestens drei Jahre dort arbeiten können.

Frage: Was machen Sie persönlich, um die tragischen Geschichten der Menschen zu verarbeiten?

A.M.C.:...Nichts. Auf institutioneller Ebene gibt es nichts im Sinne von Supervision oder Intervention. Manchmal tausche ich mich mit KollegInnen aus, mit FreundInnen, die auch als PsychologInnen arbeiten. Doch diese sind in einem anderen Feld tätig. Es sind FreundInnen, die ich von meiner früheren Arbeit her kenne, wo ich mit AIDS-PatientInnen gearbeitet habe. Aber sonst... nichts.

Herzlichen Dank für das Gespräch!

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

**Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto. -Nr.: 32 95 01-751**

**Aboverwaltung:
Ewald Seiler
Rahel-Varnhagen-Str. 15
79100 Freiburg
fijate@web.de**

**Redaktion:
Barbara Müller
Christiane Treeck
c-tree@gmx.net**

**Jahres-Abo: 55.- €
Auslands-Abo: 60.- €
E-Mail-Abo: 50.- €
Erscheinungsweise
14-täglich.**

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Behinderte fordern ihre Rechte ein

Guatemala, 24.März. Anlässlich des *Internationalen Tages der Rehabilitation* vom 23. März und dem für 2004 erklärten *Iberoamerikanischen Jahr der Personen mit Behinderung* forderte der *Guatemaltekkische Rat der Personen mit Behinderung* (CONADI) von der Regierung Berger die Umsetzung der entsprechenden, beim 13. Gipfel der Iberoamerikanischen Länder unterzeichneten Abkommen. Während einem Treffen mit Regierungsabgeordneten erinnerten die VertreterInnen von CONADI an das am 14. und 15. Oktober 2003 von 21 iberoamerikanischen Ländern unterzeichnete Dokument, in dem es um die integrale Entwicklung der Personen mit Behinderung geht. Konkret fordern sie Massnahmen zum Schutz und der Förderung der Familien, in denen Personen mit Behinderung leben sowie die Schaffung

und Garantie von Konditionen, um diese Menschen in den Arbeits- und Produktionsprozess des Landes einzubeziehen. Eine weitere Forderung betrifft die politische Mitsprache dieses Sektors. Um diese Ziele zu erreichen, müssten entsprechende Gesetze erlassen bzw. angepasst werden, fordert CONADI.

Bereits im letzten Dezember forderte die Organisation im Rahmen einer Podiumsveranstaltung ein generelles Umdenken in Bezug auf Behinderung. Bisher sei Menschen mit Behinderung immer mit einem gewissen Protektionismus und einer eher karitativen Einstellung begegnet worden. Es sei nun langsam an der Zeit, dass die Welt begreife, dass es sich bei dieser Gruppe um Menschen, Männer und Frauen, handle, die durchaus in der Lage seien, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Das Ringen um ein neues Wahlgesetz

Guatemala, 1. April. Dass es einer Reform des Wahl- und Parteiengesetzes bedarf, war man sich in Guatemala schon lange einig. Um vor den Wahlen vom letzten November zu einer Einigung innerhalb des Kongresses zu kommen, reichte es jedoch zeitlich nicht mehr. Die jüngsten Finanzierungsskandale innerhalb der Parteien PAN und UNE haben die Notwendigkeit der Reform erneut gezeigt, weshalb man sie nun so schnell wie möglich über die Bühne bringen wollte, egal, mit welchen – längerfristig nachteiligen – Konsequenzen. Und obwohl kritische Stimmen – namentlich der Präsident des *Obersten Wahlgerichts* (TSE), einige ParlamentarierInnen und PolitologInnen – davor warnten, "überstürzt" (seit sieben Jahren wird nun darüber diskutiert) ein neues Gesetz zu verabschieden, will man das Geschäft unbedingt noch vor den Osterferien abschliessen.

Am Mittwoch, 31. März, wurde vom Kongress Artikel für Artikel des neuen Gesetzes gelesen und gutgeheissen, ein Vorgehen, das verschiedentlich kritisiert wurde, weil es zu schnell und ohne Konsensfindung vonstatten ging. Laut der *Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften* (FLACSO) und der politwissenschaftlichen Abteilung der *Universität San Carlos* (USAC) enthält das neue Gesetz zwar ein paar Fortschritte, jedoch auch gravierende Fehler bzw. Unklarheiten. So unterstützen sie z.B. die Schaffung eines einheitlichen Wahlausweises, weisen aber darauf hin, dass Uneinigkeit bestehe bezüglich der Instanz, welche für dessen Ausstellung und Administration zuständig sein soll.

Die FLACSO und die USAC vertreten die Meinung, dass dies eine Aufgabe des TSE sein müsse. Weiter wird die angestrebte Demokratisierung innerhalb der Parteien als zu wenig weit gehend kritisiert.

Auch seitens des TSE hätte man sich eine vertiefte Diskussion über die Punkte "Demokratisierung der Parteien" und "Kontrolle der Wahlgelder" sowie über die Frage der Dezentralisierung der Wahlen und die Schaffung eines neuen Wahlausweises gewünscht.

Als es am 1. April um die Verabschiedung des Gesamtpakets ging, entbrannte ein neuer, vom Inhalt des Gesetzes völlig unabhängiger Streit im Parlament. Und zwar darüber, ob es einer einfachen Mehrheit (80 Stimmen) oder eine Zweidrittelmehrheit (105 Stimmen) bedürfe, um das Gesetz definitiv anzunehmen. Während sich die Abgeordneten Ottoniel Fernández (UNE) und Rubén Darío Morales (PAN) für eine einfache Mehrheit einsetzten, verteidigten die partei-unabhängige Conchita Mazariegos und Anabella de León die Zweidrittelmehrheit, ansonsten würde die Verfassung verletzt. Auch ein mehrmaliger Meinungswechsel innerhalb der Regierungspartei GANA, ob die Gesetzesreform unterstützt werden solle oder nicht, weist darauf hin, dass das Seilziehen um das Wahl- und Parteiengesetz andere Hintergründe haben muss als rein inhaltliche.

Es bleibt dem Gesetz zu wünschen, dass bald die "sieben guten Jahre" anbrechen, und es wenigstens vor den nächsten Wahlen im Jahr 2007 angepasst werden kann!

Stolpersteine für die CICIACS

Guatemala, 1. April. Für die Konstituierung der lange geplanten und diskutierten *Untersuchungskommission von illegalen Körperschaften und geheimen Sicherheitsapparaten* (CICIACS) (vgl. u.a. ¡Fijáte! 301) bedürfe es lediglich politischen Willen und formale Veränderungen des vorliegenden Dokumentes, so Mario Polanco von der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM). Dennoch empfiehlt ein Beschluss des *Zentrums zur Verteidigung der Verfassung* (CEDECÓN), dass einige Dispositionen des aktuellen Gründungspapiers modifiziert werden müssten und vor der Billigung durch den Kongress das Verfassungsgericht (CC) zu Rate gezogen werden sollte.

Laut CEDECÓN entstände gemäss dem derzeitigen CICIACS-Vorschlag ein „supranationales Organ“ mit verfassungswidrigen Befugnissen. Damit erhöhe sich die Institution über jegliche staatsrechtsmässige Macht und verletze überdies die Souveränität des Landes. Zur Diskussion stehen die Artikel 1, 3, 4 und 6 des Abkommens zur Einrichtung der CICIACS. In diesen wird der geplanten Kommission die Vollmacht erteilt, „strafrechtliche Verfolgung, Ermittlung und Prozessierung von Personen zu veranlassen“ und Prozesse in autonomer Form zu verfolgen. Dies steht laut Verfassung – bislang – lediglich der Staatsanwaltschaft zu. Zudem wird dem CICIACS-Personal Immunität eingeräumt sowie der freie Zugang zu offiziellen Archiven, Datenbanken und öffentlichen Registern. Somit würde der Untersuchungskommission laut ihrer KritikerInnen unumschränkte Macht zugestanden.

Derweil ist Menschenrechtler Polanco der Meinung, die Institution verstösse insofern nicht gegen die Verfassung, da sich die von den *Vereinten Nationen* (UN) und der *Organisation der Amerikanischen Staaten* (OAS) in die Kommission berufenen ExpertInnen nicht in Staatsangelegenheiten mischen würden sondern allein gegen die parallelen Mächte ermittelten. Die Funktion der CICIACS-Angehörigen soll darin bestehen, das organisierte Verbrechen und das Klima der öffentlichen Unsicherheit zu untersuchen, die im Land herrschen, Strukturen, die hinreichend wären, um auf nationaler wie internationaler Ebene strafrechtlich verfolgt zu werden, so Polanco, die Dringlichkeit der Inbetriebnahme der CICIACS unterstreichend. Der Menschenrechtsaktivist fügte hinzu, dass die Kommission ein wertvolles Instrument darstellen könne, um den *Globalen Vertrag über die Menschenrechte* erneut anzustossen, der in den letzten 10 Jahren ernsthafte Rückschritte erlitten habe.

Helen Mack, ebenfalls überzeugte Verfechterin der CICIACS, weist darauf hin, dass Guatemala diverse bilaterale Abkommen hat, mit denen die Souveränität des Landes bzw. die Verfassung verletzt würden. Z.B. den „Plan Jaguar-Maya“, mit dem US-Truppen erlaubt wird, auf guatemaltegischem Boden Drogenbekämpfung zu betreiben, die US-amerikanische Task-Force, die in Guatemala der Geldwäsche verdächtige Personen verhaften und in die USA ausschaffen darf oder schlicht und einfach das vor der Unterzeichnung stehende Freihandelsabkommen TLC.

Um jedwede Illegalität im Moment

der Billigung der CICIACS zu vermeiden, folgte die Menschenrechtskommission des Kongresses dem Vorschlag der CEDECÓN und beauftragte das Verfassungsgericht zur Bestätigung der Initiative. Für Roxana Baldetti, Präsidentin der Regierungskommission ist dies die beste Entscheidung, da die Mehrheit der Kongressabgeordneten – ausser denjenigen der *Nationalen Revolutionären Einheit* (URNG) und der *Allianz Neue Nation* (ANN) – beantragt hatte, das Projekt zu archivieren.

Die CEDECÓN ist unterdessen der Ansicht, dass die geplante Untersuchungskommission allein beratende Funktion für die Regierung innehaben und auf diese Weise die verantwortlichen Ermittlungsinstitutionen stärken solle, vorausgesetzt, die verfassungswidrigen Artikel würden bereinigt.

Sollte das CC die Bereinigung veranlassen, muss diese gemeinsam von der Exekutive und der UN durchgeführt werden, um endgültig vom Kongress gebilligt zu werden und die Gründung der CICIACS schliesslich zu realisieren. Vorgesehen ist die Verabschiedung in der Woche nach Ostern.

Auf die Frage, was geschehe, wenn der Kongress die CICIACS definitiv zum Scheitern bringe, spricht Helen Mack von einem „Plan B“: Man werde auf bereits bestehende, von Guatemala unterzeichnete, internationale Abkommen zurück greifen, wie z.B. auf die sog. Palermo-Konvention (UN-Konvention gegen transnationale organisierte Kriminalität), um das zu erreichen, was man mit der CICIACS erreichen wolle. Aber – eines Tages komme sie, die CICIACS, so Mack zuversichtlich.

"Ein Volk mit Hunger ist ein Volk ohne Frieden"

Guatemala, 31. März. Wie bereits seit einem Monat angekündigt, fand am 30. März eine grosse, von den indigenen und BäuerInnenorganisationen initiierte Demonstration statt. Laut Bischof Álvaro Ramazzini sollte damit das Gedächtnis von Präsident Berger aufgefrischt werden, um ihn an seine im vergangenen November gemachten Versprechen zu erinnern, in den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit Aktionen zu starten, um den diversen Problemen rund ums Thema Land Einhalt zu gebieten. So forderten die Demonstrierenden einen sofortigen Stopp der trotz entsprechender Zusagen Bergers weiterverfolgten, oftmals gewalttätigen Räumungen von besetzten Fincas. Weiter forderten sie würdigen Lebensraum und Land für die BäuerInnen sowie die Regelung der

oft missbrauchten weil unkontrollierten Entlohnungspolitik und der bestehenden Arbeitskonflikten im Landwirtschaftssektor. Ebenso stehen die Implementierung eines gemeinsam erarbeiteten, integralen und nachhaltigen Entwicklungsplans für die ländliche Region und die Transformation des exportorientierten Agrarmodells in ein produktiveres System auf dem Forderungsplan.

"Ein Volk mit Hunger ist ein Volk ohne Frieden", war eine der Aussagen auf den Transparenten der ManifestantInnen. Neben den speziellen Landfragen fordert vor allem der indigene Sektor den Zugang zu Radiofrequenzen, zur interkulturellen Bildung, zur Gesundheitsversorgung. Die steigenden Lebenshaltungskosten und die unveränderte öffentliche Unsicherheit gehörten

ebenfalls zu den Problemen, mit denen sich die Gesellschaft konfrontiert sieht und derer sich der Mandatsträger laut Wahldiskurs annehmen wollte.

Zwar kam es bereits zur Einrichtung von Dialogforen und ersten Vereinbarungen zwischen VertreterInnen der BäuerInnenorganisation, darunter die *Plataforma Agraria* und die Koordination CNOC. Doch laut CNOC-Votreter Daniel Pascual sind die ersten Anzeichen der Bereitschaft von Seiten Bergers noch keine Garantie für die Umsetzung der Forderungen. Auch der noch vor der angekündigten Demonstration vorgelegte Regierungsplan zur Lösung der Agrarproblematik bedarf der Realisierung und tatsächlichen Veränderung der Situation, bevor sich auf dem Erfolg ausgeruht werden kann.

Hauptsache "organisiert"?

Guatemala, 31. März. Es braucht offensichtlich immer wieder erst offizielle Anlässe, um manche Themen aufs öffentliche Tapet bzw. in die Diskussion zu bringen. So auch den anhaltenden, alltäglichen und allgegenwärtigen Rassismus und die entsprechende Diskriminierung, denen die indigene Bevölkerung in Guatemala ausgesetzt ist.

Bei der Eröffnung der "Woche der Solidarität mit den Völkern, die gegen die Diskriminierung und den Rassismus kämpfen" am 21. März, dem *Internationalen Tag gegen rassistische Diskriminierung*, der 1966 von den *Vereinten Nationen* in memoriam an 69 Opfer des Apartheidregimes in Südafrika verkündet wurde, fühlte sich Vizepräsident Eduardo Stein veranlasst, die Verpflichtung einer mittelfristigen, tief greifenden Transformation des Staates, zu der sich die Regierung aufgrund der von Stein durchaus anerkannten ethnischen Exklusion motiviert sieht, zu bestätigen. Diverse Menschenrechtsorganisationen, darunter auch akademische und juristische Institutionen, die die Regierung permanent zur Einhaltung der ratifizierten (inter)nationalen Abkommen, wie der *Konvention 169 über die indigenen Völker und Stämme der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)* oder u.a. das Gesetz der Nationalen Sprachen, ermahnen, organisierten für die genannte Solidaritätswoche zahlreiche Diskussionsforen.

Ziel war, gemeinsam mit RegierungsvertreterInnen konkrete Massnahmen zu beschliessen und dem latenten sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Ausschluss der Mayas, Garífunas und Xincas ein Ende zu bereiten. Auf deren Drängen hin ist inzwischen eine fünfköpfige *Präsidentiale Kommission gegen die Diskriminierung und den Rassismus gegen die Indigenen Völker Guatemalas (CODISRA)* einberufen worden.

Ende des Monats wurde nach zwei Jahren intensiver Bemühungen zudem die *Körperschaft der Maya-Konsultation* geschaffen, in der 250 indigene VertreterInnen, die bei lokalen Versammlungen in den Departements gewählt wurden, nun dafür verantwortlich sind, Politikansätze zugunsten der Maya-Kollektive zu entwerfen und ins Gespräch mit der Regierung zu kommen, um diese Ansätze auch umzusetzen. Für die indigene Führungsfrau Juana Batzibal "ist dieser Moment historisch, denn wir verwirklichen die nationalen und in-

ternationalen juristischen Instrumente, die den Staat dazu verpflichten, das Maya-Volk auf allen Ebenen hinsichtlich jeglicher Aspekte der Entwicklung zu konsultieren."

Ovidia Román, Koordinatorin der *Defensoría Indígena* von Alta- und Bajaverapaz nennt als Beispiel der bestehenden Marginalisierung der Indígenas die Landsituation: "65% der kultivierbaren Böden sind im Besitz von 2,1% der Bevölkerung. Und drei von vier Familien, die in extremer Armut leben, sind Indígenas." Ein weiteres Beispiel für Rassismus und Diskriminierung durch den Staat sei die Gesetzgebung, die monokulturell ausgerichtet sei und allein die nicht-indigene Bevölkerung einschliesst. Das indigene Wohnheitsrecht würde dabei neben anderen Aspekten völlig missachtet.

Am 30. März, dem 10. Jahrestag der Unterzeichnung des *Friedensabkommens über die Menschenrechte* und dem 9. Jahrestag der Unterzeichnung des *Friedensabkommens der Identität und des Rechts der indigenen Völker*, wurde gemeinsam mit zahlreichen BäuerInnen- und Menschenrechtsorganisationen eine landesweite Demonstration organisiert, mittels der Präsident Berger dazu aufgefordert wurde, sich nach seinen Versprechen und gar unterschriebenen Abkommen während seiner Wahlkampagne ein zweites Mal dazu zu verpflichten, in den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit Aktionen zur Bekämpfung des Rassismus in die Wege zu leiten (siehe auch nebenstehender Artikel). Doch bislang fehlt diesbezüglich jegliche konkrete Spur. Dieses Mal unterschrieb Berger die "Gemeinsame Maya-Agenda", die u.a. die Agrar- und Lohnproblematik, die Implementierung eines ländlichen Entwicklungsplans sowie die politische Beteiligung der marginalisierten Sektoren umfasst.

Gerade letztere lässt besonders zu Wünschen übrig. Gerade einmal vier indigene VertreterInnen, darunter Rigoberta Menchú als Sonderbotschafterin, Vitalino Similox, der zu Menchús Team gehört, Manuel Salazar Tesaheic, Kulturminister und Victor Montejo, Leiter des *Friedenssekretariats (SEPAZ)* sind an der aktuellen Regierung beteiligt. Diese repräsentieren somit schätzungsweise 40% der Bevölkerung.

Die Anerkennung der Diskriminierungsproblematik durch die Regierung ist durchaus ein erster Schritt. Doch solange keine wirklichen Taten

geschehen, ist die indigene Bevölkerung gegenüber den Diskursen der Mandatsträger wie Stein und Berger skeptisch und bezeichnet sie als populistisch. Der potentiell positive Einfluss des Vizepräsidenten wird aufgrund der Unternehmenslastigkeit der Regierung deutlich in Frage gestellt. Gleichzeitig sieht sich die indigene Bewegung einer inneren Uneinigkeit gegenüber, der sie mittels der Gründung der *Körperschaft der Maya-Konsultation* sowie der Organisationsvereinigung *Maya-Raum und -Koordinations Waqib Kej* zu entgegnen sucht. Der ehemalige Bürgermeister von Quetzaltenango, Rigoberto Quemé, beobachtet, dass an manchen Orten die ausschliesslich indigene Bevölkerung nicht-indigene Autoritäten bevorzugt. "Es herrscht eine mentale Kolonisierung vor, es besteht kein Vertrauen zwischen uns", so Quemé.

Auf lokaler Ebene scheint die indigene Bevölkerung an Einfluss zu gewinnen. Sie hat mit der letzten Wahl zehn Bürgermeistereien mehr – jetzt insgesamt 119 – für sich entschieden, während die Beteiligung in der Regierung und im Kongress proportional abgenommen hat (13:113 bzw. 15:158).

Der indigene Aktivist Mario Rivera stellt fest, dass einige politische Parteien indigene KandidatInnen als "Marionetten" wählten, um indigene Stimmen zu sichern. Doch sie würden sich in keiner Weise der Maya-Gemeinde verpflichtet fühlen. Und die Indígenas selbst verfügten meist nicht über die finanziellen Mittel, eine eigene politische Kampagne zu finanzieren.

Derweil hat Oscar Berger Rosalina Tuyuc, Gründerin der Witwenvereinigung CONAVIGUA zur Koordinatorin des *Nationalen Entschädigungsprogramms (PNR)* für die Opfer des bewaffneten Konflikts ernannt. Dies wird allgemein als ein (mindestens symbolischer) Erfolg gefeiert, erfüllt Tuyuc doch die ansonsten meist diskriminierten Eigenschaften, Frau, Indígena und Opfer des Krieges zu sein. Gelder für dieses Programm stehen indes noch nicht zur Verfügung. Ausserdem störte sich Tuyuc zu Recht daran, dass Berger mit dieser Ernennung vor allem sich selber ins Rampenlicht stellte, verkündete er sie doch als eine seiner Antworten auf die Manifestation vom 30. März, ohne jedoch vorher Rosalina über seinen Entscheid zu informieren. "Ein Beispiel unterschwelliger Rassismus", nennt dies Maria Caníl, Vertreterin von CONAVIGUA.

Fox zu Besuch

Guatemala, 23. März. Seinen ersten offiziellen Staatsbesuch in Guatemala von exakt 24 Stunden, hielt der mexikanische Präsident Vicente Fox begleitet von seiner Ehefrau und mexikanischen Geschäftsleuten, dieser Tage ab. Seine gedrängte Agenda umfasste ein Gespräch mit dem guatemaltekischen Präsidenten Berger zu Themen wie der Behandlung guatemaltekischer MigrantInnen in Mexiko, dem *Plan Puebla Panamá* sowie der Erweiterung der Handelsbeziehungen, die im Moment für Guatemala nachteilhaft sind. Es folgte ein Mittagessen mit dem guatemaltekischen Handelssektor sowie ein Besuch auf der mexikanischen Botschaft in Guatemala, übrigens nach derjenigen der USA die grösste im Land.

In einer gemeinsamen Pressekonferenz der beiden Präsidenten drückten sie ihr Einverständnis bezüglich der besprochenen Themen aus. Fox erkannte an, dass die Migration das Phänomen des Jahrhunderts sei, das man nicht bekämpfen, sondern zu einem Werkzeug des Fortschritts machen müsse. Gemein-

sam wollen Guatemala und Mexiko sich für eine würdevolle Behandlung der MigrantInnen, speziell der Frauen und Kinder, die häufig Opfer des Menschenhandels sind, einsetzen. Auf mexikanischer Seite soll in Tapachula, ähnlich wie auf guatemaltekischer Seite in Tecún Umán die *Casa del Migrante*, eine Anlaufstelle eingerichtet werden, wo den MigrantInnen Gesundheitsversorgung und der Respekt ihrer Rechte garantiert wird.

Was den *Plan Puebla Panamá* (PPP) betrifft, werde dieser von den GegnerInnen falsch interpretiert. Es gehe gar nicht darum, die indigene Bevölkerung zu übergehen, sondern der PPP müsse als Möglichkeit für Fortschritt und Entwicklung angesehen werden.

Zum Aufenthalt des flüchtigen Ex-Präsidenten Alfonso Portillo auf mexikanischem Territorium meinte Fox, sein Land sei kein Fluchttort für Korrupte, während der mexikanische Aussenminister Ernesto Derbez nicht ausschloss, Portillo das Visum um weitere 90 Tage zu verlängern, solange sich dessen legale Situation nicht verändere.

Berger seinerseits bezeichnete anlässlich der Pressekonferenz seine Regierung öffentlich als eine "Regierung der UnternehmerInnen".

Der Besuch von Vicente Fox in Guatemala wurde begleitet von Protesten gegen das Freihandelsabkommen TLC, den PPP sowie die Preiserhöhung der Produkte des Grundnahrungsmittelkorbes, des Stroms und der Fahrpreise des öffentlichen Busverkehrs. Aufgerufen zu den Protesten, die im ganzen Land stattfanden, hatte die *Guatemaltekische Gewerkschaftszentrale* (CGTG), ausgeschlossen hatten sich Umwelt-, Menschenrechts-, Frauen- und Indígenaorganisationen sowie die StudentInnen.

In einer Presseerklärung sprach sich die *Mesa de Migración* (Menamig) gegen die von den Präsidenten Fox und Berger vorangetriebene Migrationspolitik aus. In erster Linie gehorche diese den von den USA ausgegebenen Richtlinien und habe eine Militarisierung der Grenzen zur Folge, was sich wiederum in einer erhöhten Todesrate der MigrantInnen ausdrücke.

Drei Monate nach Beginn des Schuljahres

Guatemala, 31. März. Immer noch geht es heiss her zwischen den LehrerInnen und dem Bildungsministerium, wegen der Vergabe von Stellen, die kurz vor Amtsübergabe von Ex-Präsident Portillo verfassungswidrig beschlossen und von der jetzigen Bildungsministerin María del Carmen Aceña suspendiert wurden (siehe ¡Fijáte! 303). Diese Entscheidung ist inzwischen vom Verfassungsgericht gestützt worden, bemängelt wird die fehlende Unterschrift des damaligen Generalsekretärs.

Doch was immer Aceña auch verkündet, die LehrerInnen sind nicht einverstanden, organisieren Generalversammlungen, gehen auf die Strasse, besetzen in manchen Departements die Bildungsdirektionen, eine Gruppe von Dozierenden befindet sich seit 12 Tagen im Hungerstreik, eine andere in Zacapa legte sich dieser Tage mit der Polizei an.

Der erste Schritt des jetzigen Bildungsministeriums (MINEDUC) war die Durchsicht und Säuberung der Listen der 13'000 von Portillo vergebenen LehrerInnenstellen. Übrig blieben 9'400 KandidatInnen, die tatsächlich die Anforderungen erfüllten. Die letzte veröffentlichte Entscheidung Aceñas besteht derzeit in der Schaffung von rund 13'500 Stellen auf Vertragsbasis 0-21 bis Ende des Schuljahres. Unklar bleibt dennoch die Höhe der Entlohnung. Auf der einen

Seite ist die Rede von der Erhöhung des Gehaltes, andererseits schliesst der Vertragstyp 0-21 die Zahlung von Lohnzusatzleistungen aus, ausserdem wird das Gehalt bloss alle vier Monate ausgezahlt.

Der Konflikt um die Lehrstellen ist gerade einmal der Fadenanfang eines Problemknäuels, das die neue Regierung in Sachen Bildung geerbt hat. Guatemala ist und bleibt das Land mit den höchsten Analphabetismusraten in Zentralamerika und der geringsten Schulausbildungszeit von durchschnittlich vier Jahren bei Personen zwischen 25 und 65 Jahren. Weit darunter liegen die indigene Bevölkerung (im Schnitt 2 Jahre Schulbesuch), die Frauen (3 Jahre) und die arme Bevölkerung auf dem Land (2 Jahre).

Der Konflikt mit den LehrerInnen stellt die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung auf die Probe und bringt die verschiedenen Vorstellungen über die Lösung der Bildungskrise zu Tage. Dazu gehört auch das "Tabu", das die Verantwortlichen in der Regierung begleitet: Sie können ihre unternehmerischen Interessen nicht leugnen, auf Grundlage derer sie die potentielle Privatisierung des Bildungssystems vortreiben. Ein im Oktober 2003 vom *Nationalen Wirtschaftsforschungszentrum* CIEN – bis Januar noch unter Leitung der jetzigen Bildungsministerin Aceña –

verbreiteter Vorschlag erscheint auf den ersten Blick nicht dumm. Darin behauptet die *Unternehmensorganisation für die Bildung*, dass für die Verbesserung schulischer Einrichtungen die Förderung eines wirtschaftlichen Wachstums notwendig sei, mittels dem sich die Ausgaben für die Bildung prozentual zum BIP reduzieren würden. Schliesslich würde Bildung die Produktivität der "Humanressourcen" wie auch der Investition generell steigern und auf diese Weise sich in den wichtigsten Faktor des wirtschaftlichen Wachstums verwandeln. Dieses wiederum käme selbstverständlich allen zugute. Gemäss Daten der Weltbank erhöht eine abgeschlossene Grundschulausbildung das Konsumverhalten angeblich um 25%. Ein anderer gewichtiger Grund für den Unternehmensektor, sich des Themas Bildung anzunehmen, ist die erhöhte Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsattraktivität eines Landes im globalisierten Kontext durch technisches und fachliches Wissens. Gründe genug, die mit Mitteln unzureichend ausgestattete Ministerin Aceña zumindest assistentialistisch zu unterstützen. Anfang Februar veranstalteten diverse Unternehmen die Kampagne „Bleistift-Marathon“, während der sie sowohl Sach- als auch Geldspenden für die Disposition von Lehrmaterial sammelten.